

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII 178

Bonn, den 19. September 1963

Mir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2 Noch weitere Verletzung des Grundgesetzes ? 90

Höcherl und der Verfassungsschutz
Von Fritz Schäfer, MdB

2a Was ist eigentlich bei uns los ? 2

Veit Harlan - Skandal jetzt auch in Holland

2a Deutsches Kapital nach Südafrika ? 26

Eine nicht begrüßenswerte Anregung

3 - 4 Die deutsch-französische Freundschaft 25

ist kein parteipolitisches Geschäft
zur Gründung einer CDU/CSU-"Aktion"

Von Waldemar Ritter, Bonn

Referent für jugendpolitische Fragen beim Parteivorstand der SPD

5 - 6 Reise in Amerika VI 100

Kan erinnerte an ...
Von Fritz Sänger, MdB

VORANKÜNDIGUNG

Warum will die afrikanische Republik Ghana in der
Schutzzone eine ständige Handelsmission errichten?

Diese Frage beantwortet der sozialdemokratische
Afrika-Experte Hans Jürgen W i s c h n e w s k i,
MdB, bekannt durch seine zahlreichen Reisen nach
Afrika, in der Freitag-Ausgabe des SPD-Pressediens-
tes (20. 9. 1963).

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND GHANA

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170
Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: (2 18 31 / 32) • Telex: 8 884 893

Noch weiter Verletzung des Grundgesetzes?

Hoecherl und der Verfassungsschutz

Von Fritz Schäfer, MdB.

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat sich am 17. September 1963 mit den Praktiken des Bundesverfassungsschutzamtes beschäftigt. Zunächst muß festgehalten werden: alle politisch verantwortlichen Kräfte in der Bundesrepublik sind sich darin einig, daß unsere demokratische Grundordnung gegen jeden Versuch der Unterwanderung und gegen jede Gefährdung geschützt sein muß. Man hat zu diesem Zwecke 1950 die Verfassungsschutzämter im Bund und in den Ländern geschaffen. Man hat damals eine grundsätzliche Entscheidung dahingehend getroffen, daß keine politische Polizei entstehen darf und daß die Verfassungsschutzämter nicht zur Polizei gehören, daß sie keinerlei polizeiliche oder strafverfolgende Zuständigkeiten haben sollen. Diese Trennung hat sich als gut erwiesen. Die Verfassungsschutzämter müssen also, wenn ihre Beobachtungen oder die ihnen zugänglich gewordenen Auskünfte Anlaß zu der Vermutung geben, daß der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt, jeden Fall an die Kriminalpolizei abgeben. Man hat den Verfassungsschutzämtern seit 1956 auch die Behandlung der Spionageabwehr übertragen. Auch in diesem Fall gilt das gleiche: sobald der Verdacht der strafbaren Handlung vorliegt - Abgabe an die Kriminalpolizei.

Die Verfassungsschutzämter haben auf Grund Art. 5 des Deutschland-Vertrages und Art. 3 des Zusatzabkommens zum Truppenvertrag mit den Alliierten zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit erstreckt sich auf die Sammlung aller einschlägigen Nachrichten und deren Austausch zum Schutz der Sicherheit. Die Alliierten haben aber nur soweit es der Schutz ihrer Streitkräfte verlangt, ihre Vorbehalterrechte in dem Umfang, wie sie sich von 1945 bis 1955 gestaltet haben. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz nimmt zu folgender sonderbaren Rechtskonstruktion Zuflucht: Der Schutz der Streitkräfte sei auch dann gefährdet, wenn sich eine linksradikale Gruppe in der Bundesrepublik bilde, und deshalb sei er verpflichtet, in solchen Fällen auch die Alliierten von seinen eigenen Kenntnissen zu unterrichten.

- * Diese Auffassung ist falsch. Die Mehrheit des Innenausschusses hat
- * dies mit ihrem Beschluß zum Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung
- * erklärt hierzu, sie werde sich an diesen Beschluß nicht halten,
- * d.h. Bundesinnenminister Hoecherl will entgegen der Mehrheitsrechts-
- * auffassung weiterhin die Verfassung umgehen und brechen.

In der Zusammenarbeit mit den Alliierten dürfen die Alliierten von den deutschen Dienststellen nichts verlangen, was nicht im Rahmen des Grundgesetzes und der deutschen Gesetze liegt. Umgekehrt dürfen die deutschen Beamten nichts tun gegenüber den Alliierten, was nicht im Rahmen des Grundgesetzes und der deutschen Gesetze liegt.

- * Wenn das Bundesamt für Verfassungsschutz mit der rechtlichen
- * Scheinkonstruktion, die Sicherheit der alliierten Truppen sei ge-
- * gefährdet, die Alliierten unterrichtet in Fällen, die zur reinen Zu-
- * ständigkeit der deutschen Stellen gehören, dann handelt das Bundes-
- * amt für Verfassungsschutz gesetzwidrig. Wenn das Bundesamt für Ver-
- * fassungsschutz dies tut in der Erwartung, daß die ihm untersagte
- * Telefonüberwachung nunmehr durch die alliierten Stellen durchgeführt

- * werde, dann handelt das Bundesamt für Verfassungsschutz ver-
- * fassungswidrig, weil es damit Art. 30 des Grundgesetzes miß-
- * achtet.

Der vom Bundesinnenministerium nunmehr zu erstattende Bericht, der die Einzelfälle aufzuführen muß, in den die anordnende Stelle, die ersuchte Stelle, der Grund des Ersuchens, das Ergebnis des Ersuchens enthalten sein muß, wird dem Innenausschuß Gelegenheit geben, zu prüfen, in wieviel Fällen auf Grund dieser willkürlichen Rechtskonstruktion das Verfassungsschutzamt mit Wissen des Bundesinnenministers die Verfassung gebrochen hat.

Das ist die derzeitige Lage: SPD und FDP verteidigen die Verfassung gegen Verfassungsmißbräuche und Verfassungsschutzamt. Die CDU sieht nur parteipolitische und parteitaktische Überlegungen und sieht nicht das Gesamtinteresse, um das es hier geht. Obwohl in den Beratungen des Ausschusses eine strenge Trennung zwischen den unqualifizierten Äußerungen des Bundesinnenministers und der sachlichen Prüfung vorgenommen wurde, war die CDU zu einer sachlichen Prüfung überhaupt nicht bereit. Der CDU-Abgeordnete Dr. Güde meinte, es genüge ihm der Bericht des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, um festzustellen, daß alles in Ordnung sei. Der gleiche Dr. Güde erklärte nach der Sitzung, er teile die Rechtsauffassung des Herrn Schrübbers in keinem Weich sanderbarer Widerspruch!

- * Bundesinnenminister Hochehl und sein Präsident S c h r ü b b e r
- * haben durch ihr Verhalten die Aktionsfähigkeit der Verfassungsschutzämter gelähmt. Sie haben durch ihr Verhalten und durch ihre unqualifizierten Äußerungen alle Beamten, die sich dieser schwierigen Aufgabe unterziehen, disqualifiziert. Sie haben den Verfassungsschutz nicht ausgeräumt, daß Gegner der Demokratie in ihren Ämtern sind.

Es wird nun Aufgabe des Parlaments sein, die Fehler der Vergangenheit abzustellen und zu rügen, für die Zukunft aber dafür besorgt zu sein, daß durch einen parlamentarischen Kontrollausschuß neue Fehlentwicklungen verhindert werden. Das Amt muß in der Lage sein, seine Aufgabe zu erfüllen. Es hat sich aber auch auf diese Aufgabe zu beschränken und sich nur gesetzlicher Mittel zu bedienen. Man sollte sich darüber einig sein, daß alle die Stellen, die sich um den Schutz unseres demokratischen Rechtsstaates kümmern, der Förderung und Unterstützung aller politischen Kräfte bedürfen, daß aber dann gerade diese Stellen sich an die ihnen gestellten Aufgaben halten und mit den richtigen Leuten besetzt sein müssen. Wir wollen, daß ein Rechtsstaat nur mit rechtsstaatlichen Mitteln geschützt wird.

Was ist eigentlich bei uns los ?

Veit Harlan - Skandal jetzt auch in Holland

sp - Einige Leute in der Bundesrepublik scheinen es darauf anzulegen, die junge deutsche Demokratie bei unseren Freunden im Ausland immer wieder in Mißkredit zu bringen. Kaum haben wir die "Affäre Veit Harlan" hinter uns gebracht, da fühlt sich dieser geschäftige Mime berufen, deutsche Kunst im Ausland zu repräsentieren. Jetzt wollen er und seine Frau Christina Söderbaum mit dem Grenzlandtheater Aachen in einigen Orten der niederländischen Provinz Limburg auftreten. Natürlich hat das die holländische Öffentlichkeit in Harnisch gebracht. Zeitungen fragen, ob denn die Juden in Holland und andere, die unter dem Hitler-Terror gelitten haben, "unbedingt mit einem Mann konfrontiert werden müssen, dessen Hauptwerk ein Film ist, der einen Versuch darstellen sollte, die bestialische Ermordung von Juden zu rechtfertigen" ("Algemene Dagblad", liberal). Unsere holländischen Nachbarn sind durchaus deutschfreundlich. Wenn man sie jedoch an die Hitlerzeit erinnert, werden sie ungemütlich. Fakt scheint nicht zu jenen Begriffen gehören, die einem Veit Harlan geläufig sind. Aber wenn Harlan schon selbst nicht begreift, was er durch sein aufdringliches Wesen errichtet, so bleibt immer noch die Frage offen, wer ausgerechnet einem Veit Harlan und einer Christina Söderbaum die Möglichkeit geben will, mit dem sehr respektablen Grenzlandtheater Aachen in Holland aufzutreten.

* + +

Deutsches Kapital nach Südafrika ?

Eine nicht begrüßenswerte Anregung

sp - Der Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank AG, Hermann Abs, an der deutschen Finanzwelt eine hochangesehene Persönlichkeit, der man gewiß gründliche Kenntnis der Materie nicht absprechen kann, hat als Ergebnis eines Afrika-Aufenthaltes der deutschen, nach Auslandsinvestitionen Umschau haltenden Industrie, die Union der Südafrikanischen Republik als lohnendes Betätigungsfeld empfohlen. Der Bankier Abs weiß die wirtschaftlichen Möglichkeiten als Fachmann wohl abzuschätzen. Sein Rat wird gern gehört. Aber hat er auch die politischen und psychologischen Rückwirkungen seiner Empfehlung bedacht. Deutsches Kapital nach Südafrika? - Das würde wohl von der ganzen nicht weißen Bevölkerung des schwarzen Kontinents als eine direkte Unterstützung für einen Staat angesehen, der wegen seiner provokierenden Rassenpolitik wiederholt im Anklagezustand vor den Vereinten Nationen stand. Die südafrikanische Regierung bemüht sich, ihre selbstverschuldete Isolierung in der Welt zu überwinden. Sie wirbt um deutsche Auswanderer, und nun bietet Herr Abs ihr auch noch deutsches Kapital an. Eine solche Empfehlung ist gewiß nicht angetan, um Freunde in der nicht weißen Welt zu erwerben. Die afrikanisch-asiatischen Staaten stellen weit über ein Drittel der Mitglieder der UNO. Ihr Gewicht und ihr Einfluß nehmen zu, und es ist selbst den Weltmächten nicht gleichgültig, in welcher Richtung deren Sympathien tendieren. Ost- und Westblock berücksichtigen die Impfindlichkeit dieser neuen Staaten; unwarben deren führende Männer. Hoffentlich bleibt die Empfehlung des Herrn Abs an das deutsche Kapital ohne praktische Bedeutung. Deutsche Gelder in Südafrika angelegt würden vielleicht gute Erträge bringen, aber politisch wären sie eine Fehlinvestition.

+ + +

Die deutsch-französische Freundschaft
ist kein parteipolitisches Geschäft

Zur Gründung einer CDU/CSU - "Aktion"

Von Waldemar Ritter, Bonn,
Referent für jugendpolitische Fragen beim Parteiverstand der SFD

In Schwäbisch-Gmünd ist am 7.9. eine "Aktion Deutsch-Französische Freundschaft" gegründet worden. Diese Organisation, die den Anspruch erhebt, eine "unabhängige" und überparteiliche Vereinigung zu sein, will die Anstrengungen einzelner Verbände und Institutionen "koordinieren" und sich für den Abschluß von Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Gemeinden, Betrieben und Schulen einsetzen. In eigener Regie will man vom nächsten Jahr an Vertrags- und Filmveranstaltungen, deutsch-französische Begegnungen, Studienfahrten, Jugendtreffen, Wochenendtagungen und sogar jährlich Preisverteilungen an Politiker, Gemeinden, Organisationen und Zeitungen durchführen.

Wir wissen, daß die deutsch-französische Freundschaft eine ernste Sache ist. Wir wissen auch, daß es einen Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag gibt, der mittlerweile zwischenstaatliches Recht geworden ist. Aber wir wissen nicht, ob den Gründern der sogenannten "Aktion Deutsch-Französische Freundschaft" das alles schon bekannt ist.

Es ist, schlicht gesagt, unehrlich, wenn man sich "unabhängig" und "überparteilich" nennt und sämtliche Mitglieder des Kuratoriums dieser Vereinigung Mitglieder der CDU/CSU sind. Wohlgenannt, keine einfachen Mitglieder, sondern ausnahmslos Funktionsträger wie Dr. Eugen Gerstenmaier, Josef-Hermann Dühves, Dr. Hans Filbinger, der Arbeitsminister von Baden-Württemberg Josef Schüttler CDU-MdB, Theodor Freiherr zu Guttenberg CSU-MdB, und Erich Gatzmüller CDU-MdB.

Es ist nahezu ein Wunder, daß der aus Baden/Württemberg kommende Minister für Familien- und Jugendfragen, Dr. Bruno Weck, nicht auch in diesem Vereinskuratorium sitzt. Sicher wird er dafür seine Gründe haben, denn er muß es ja schließlich wissen, was im jugendpolitischen Programm des Vertragswerkes wörtlich fixiert ist: "Der französischen und deutschen Jugend sollen alle Möglichkeiten geboten werden, um die Bande, die zwischen ihnen bestehen, enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen. Insbesondere wird der Gruppenaustausch weiter ausgebaut. Es wird ein Austausch- und Förderungswerk der beiden Länder errichtet, an dessen Spitze ein unabhängiges Kuratorium steht." Wohlgenannt, ein "unabhängiges Kuratorium", das nach dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Errichtung des deutsch-französischen Jugendwerkes aus je vier Mitgliedern der beiden öffentlichen Verwaltungen und aus je sechs "nahhaften

Persönlichkeiten und Leitern von Organisationen der freien Jugendarbeit beider Länder" besteht. Dieses Kuratorium wird voraussichtlich noch diesen Monat berufen werden. Ebenso die beiden Generalsekretariate in Paris und Bonn.

Es ist in diesem Zusammenhang notwendig zu zitieren, was Bundesminister Heck noch vor der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages vor der Bundespressekonferenz sagte: "Diese Generalsekretariate sollen nicht einen großen Apparat bekommen, weil die Durchführung der Programme durch die Generalsekretariate nur bis zu dem Punkt betrieben werden soll, wo die Durchführung von der Jugend, ihren Verbänden und Institutionen selbst übernommen wird."

Das Resümee von alledem kann, wenn Verträge und Worte einen Sinn haben sollen, nur sein:

- * 1. Alle notwendigen Koordinierungsaufgaben fallen in
- * die Kompetenz des deutsch-französischen Jugendwer-
- * kes.
- * 2. Überall dort, wo sich die Jugend, ihre Verbände und
- * Institutionen und dort, wo sich Schulen, Universitä-
- * ten und Gemeinden selbst helfen können, führen sie
- * ihre Programme auch selbständig durch.

Das bedeutet aber, daß ein Verein wie die "Aktiva deutsch-französische Freundschaft" vom Programm her sicher auf der Grenze dessen steht, was man in Deutschland Amtsaemäzung nennt und daß dieser Verein darüber hinaus offensichtlich der Auffassung ist, daß unsere Jugend, ihre Verbände und Institutionen mit Hilfe des zweifellos notwendigen zwischenstaatlichen Jugendwerks nicht fähig ist, die deutsch-französische Freundschaft zu entwickeln.

Man kann in der CDU/CSU so viele Dummheiten produzieren wie man will. Dafür sind wir nicht zuständig. Man kann diese Dummheiten aber nicht auf Kosten der deutschen Jugend und auf Kosten der deutsch-französischen Freundschaft machen. Es wäre gut, wenn der CDU-Bundesminister Dr. Heck das seinen Freunden in der CDU/CSU sagen würde, denn so unverfroren hat bisher wohl noch keine CDU-Unterabteilung versucht, sich "unabhängig" und "überparteilich" zu nennen.

Die deutsch-französische Freundschaft verdient besseres als den Griff einer getarnten CDU/CSU-Gruppierung nach 20 Millionen DM, die aus den Steuern des gesamten Volkes kommen. So kann man es in einer Demokratie, in einer pluralistischen Gesellschaft nicht machen !

Reise in Amerika VI
- - - - -

Man erinnerte an ...
Von Fritz Sänger, MdB

Washington, 15.9.1963

In den Schulen der Vereinigten Staaten lernen die Kinder, daß 1933 die USA auf der Konferenz in Genf die völlige Abschaffung aller Angriffswaffen vorgeschlagen haben, daß aber "die deutsche Regierung" auf vollständiger Wiederaufrüstung bestanden und schließlich die Konferenz aus Protest verlassen haben. So blieb es denen in Erinnerung, mit denen wir gesprochen haben. Es war die Regierung Hitlers, die damals im Namen Deutschlands handelte, und jede deutsche Regierung, die ihr folgte, trägt nun die Last dieser Tat. Jeder Jahrgang der jungen Generation, die nach dem Kriege aufwuchs, erhält diese Lehre in vielen Ländern. Sie vermittelt die Geschichte der Zeit, in der ein Krieg geboren wurde. Ursache und Wirkung liegen greifbar nebeneinander. Was immer heute von einer deutschen Regierung erwogen und entschieden wird - diese Last liegt auf ihren Schultern: Die Deutschen haben damals den Weg zum Frieden verbaut. Dann kam der Krieg.

Diese Erinnerung hörten wir viele Male von den Menschen, die wir im Westen und im Süden des Landes trafen, nicht von den Offiziellen, sondern von denen, die eine öffentliche Meinung wirklich darstellen. Sie gilt in diesem Lande viel mehr als die deutsche Politik bisher respektiert hat, und die Offiziellen hören auf den Mann von der Straße.

* * *

Am 8. Mai 1945 waren die Kampfhandlungen in Europa beendet. Seitdem schweigen die Waffen, aber ein Friedensvertrag wurde noch nicht abgeschlossen. Auch diese Tatsache wurde in Erinnerung gebracht, dieses Mal von politisch besonders interessierter Seite. Die USA waren auch mit Japan im Kriege, und die Menschen hierzulande denken mit Bitterkeit an den Überfall von Pearl Harbor, so wenig sie darüber zu sprechen geneigt scheinen. Am 7. Dezember 1941 fand er statt, das Datum hatten jüngere Gesprächspartner zur Hand. Auch Japan hat bedingungslos kapituliert, wie das Deutsche Reich und später als dieses. Aber mit Japan ist der Friede längst (1951) geschlossen, und es hat die volle Souveränität zurückverlangt als es sich verpflichtete, die Prinzipien der Vereinten Nationen anzuerkennen und zu verwirklichen.

Mit Deutschland gibt es noch keinen Friedensvertrag, denn Deutschland gibt es noch nicht wieder. Ein Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, erhielt durch die Pariser Verträge von 1951 staatliche Souveränität, wie wir wissen: nicht vollständige (siehe Vorstandssetzungsgesetzgebung) und nicht unbedingt endgültige. Die Bundesrepublik wurde in die NATO aufgenommen. Diese war aber bereits 1949 gegründet worden und zwar von Belgien, Dänemark, Island, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, Norwegen, Portugal, den Niederlanden und den USA. Deutschland kam erst 1954 hinzu. Die in der Bundesrepublik nicht selten wahrzunehmende, jedenfalls in den USA bemerkte Auffassung, die NATO sei "eigentlich eine Einrichtung zum Schutz der Bundesrepublik", ist grotesk und wird, wo sie auftaucht, von den Politikern

mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO wird als wichtig und sehr nützlich gewertet, aber die Bundesrepublik ist nur ein Mitglied neben anderen. Die Tatsachen zeigen, daß sie ein bedeutungsvolles Mitglied ist, dessen besondere politische Problematik dabei jedoch nicht übersehen werden kann.

* * *

Die weltpolitischen Spannungen werden durch dieses Problem Deutschland erhöht. Die Teilung Deutschlands, die Herrschaft des Kommunismus in einem Teile des Landes, die geographische Lage dieses komplexen Staatsgebildes in Zentraleuropa an der Grenze zum Ostblock berührt aber auch von neutralen Staaten, die nicht immer genügend übersichtlichen innenpolitischen Differenzen, die nicht zuletzt auch durch das Vorhandensein von Nazis in führenden Positionen und in wichtigen Ämtern der Bundesrepublik und der Zonenregierung und -verwaltung nur noch vermehrt werden - das alles und noch mehr bildet den Inhalt der Sorgen, mit denen sich verantwortliche Köpfer in den USA im Blick auf die Lösung europäischer Fragen belastet fühlen.

Aber die weltpolitischen Spannungen sollen beseitigt werden. 1955, so ruft man uns in Erinnerung, habe die USA-Vertretung auf der Genfer Konferenz der "Großen Vier" sehr ernsthaft versucht, Möglichkeiten zur Verminderung der Spannungen zu finden. Seither sind diese Versuche nicht unterblieben. Die Eisenhower-Regierung und Dalles vornehmlich, haben sich um bessere Chancen zum Ausgleich mit den berechtigten Interessen der Sowjetunion bemüht. Eisenhower lud Chruschtschow 1959 zum Besuch der USA ein, der im September stattfand. Im Dezember unternahm der Präsident seine "Reise des guten Willens" durch Asien, Afrika und Europa, auf der er "Friede und Freundschaft in Gleichheit" proklamierte. Die neue Regierung unter Kennedy setzte die Politik nüchtern fort, indem sie unter Verzicht auf verwirrende und illusionäre Deklamationen und Demonstrationen Schritt für Schritt tat oder einleitete, um voranzukommen. Sie hatte bemerkenswerte Erfolge

* * *

So verliefen, wie man es hier sieht, die amerikanischen Bemühungen, die Politik der Rüstung, des Krieges, der Gewalt, der Unausgeglichenheit und der Halbheiten zu beenden und eine Politik des Miteinanders, des Zueinander, der Annäherung einzuleiten. Keine Gereiztheit war in der Frage, mit welchen Maßnahmen oder welchen Vorschlägen die Bundesrepublik Deutschland helfen könne oder würde, um den erstrebten und nötigen Wandel herbeizuführen. Die politische Entwicklung ist weder 1955 beendet gewesen, noch steht sie in unseren Tagen still. Tatsachen von unleugbarer Bedeutung des "schwebenden Zustandes zwischen Krieg und Frieden" haben sich hinzugesellt.

* * *

Der Bundesminister für Auswärtiges, Dr. Gerhard Schröder, der gerade jetzt in Washington erwartet wird, steht dieser Situation gegenüber. Er wird den Fragen nicht ausweichen können, die sich aus den Tatsachen der Vergangenheit und Gegenwart ergeben und wird, je verantwortungsvolliger er eine brauchbare Lösung erarbeiten hilft, vor umso größeren Schwierigkeiten stehen. Zu den Verbrechen der Hitler-Regierung, die unleugbar sind, kommen Veräumnisse aus Mangel an Mut und politischer Phantasie hinzu, für die der verantwortlich ist, der die Richtlinien der Politik bestimmte und in der Starrheit verharrte, wo Kluge Geschmeidigkeit am Platze war. Letzte Entscheidungen werden erst fallen, wenn die Früchte reifen, für die jetzt das Klima geschaffen werden soll.

* * *